



DOKUMENTATION ZU DEN BLOCKUPY AKTIONSTAGEN IN ASCHAFFENBURG

Blockupybündnis Aschaffenburg

Juni 2014



Inhalt

Vorwort.....	3
Redebeiträge.....	4
Tierbefreiung goes Blockupy	5
Kein Grubenunglück, sondern ein Massenmord	6
Adler und der Entschädigungsfond	7
Bildung: Freier Zugang statt freiem Handel.....	9
Krisenproteste à la Blockupy	10
Pressemitteilung.....	12
Gedanken zu Blockupy	13
Beobachtungen zur Kapitalismuskritik	14
Lest Marx, ihr Bauern!	17
Pauschalkritik an Blockupy	18

Vorwort

Die europaweiten Blockupy Aktionstage sind vorbei. Diese fanden unter dem Motto "Solidarity Beyond Borders – Building Democracy From Below!" vom 15. - 25. Mai 2014 statt. In Aschaffenburg gab es bereits im Vorfeld mehrere Infoveranstaltungen und am 16. Mai, dem Dezentralen Aktionstag, war einiges los. Von kleinen Aktionen diverser Grüppchen und Einzelpersonen am Vormittag über Infostände bis zur Kundgebung am Abend. Wir stecken noch immer in der Nachbereitung in deren Rahmen wir auch diese Dokumentation für weitere Diskussionen zusammengestellt haben. Wir wollen damit aber auch allen nicht am Bündnis Beteiligten einen Einblick geben was es mit Blockupy denn überhaupt so auf sich hat. In dieser Dokumentation findet ihr die Redebeiträge, die auf der Kundgebung gehalten wurden und auch einige Gedanken zu Blockupy, Kapitalismuskritik und die Kritik an der Kapitalismuskritik.

Die im Bereich „Gedanken zu Blockupy“ veröffentlichten Texte wurden nach den Aktionstagen verfasst und spiegeln nicht die Meinung des Bündnisses wieder.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Über Blockupy

An Blockupy Aschaffenburg beteiligen sich derzeit Aktive der BasisGruppe Emanzipation, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Halkevi, Infoladengruppe, Tierrechtsinitiative sowie weitere Einzelpersonen.

Das bundesweite Blockupy Bündnis wurde 2012 gegründet, mit dem Ziel das Tagesgeschäft der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main zu stören und gegen die europäische Austeritätspolitik im Hinblick auf die Eurokrise zu protestieren. Heute ist das Bündnis Teil eines europaweiten Netzwerks. Das bundesweite Blockupy-Bündnis wird getragen von Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener emanzipatorischer Gruppen und Organisationen, darunter die Interventionistische Linke, Attac, Occupy Frankfurt, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbände, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Partei Die Linke, das Netzwerk Friedenskooperative und das Bündnis "Ums Ganze".

Blockupybündnis Aschaffenburg
blockupyab@riseup.net
<http://blockupyab.blogspot.eu/>

Redebeiträge

der Kundgebung am 16.Mai im Rahmen der dezentralen Blockupy Aktionstage.



Tierbefreiung goes Blockupy

Massive Kürzungen im sozialen Bereich, der Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten, Privatisierungen, Spardiktate, Demokratieabbau, Bankenrettungen etc.. Dies sind die Maßnahmen der Herrschenden, um die globale Wirtschaftskrise zu überwinden. Es ist der Versuch, den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems abzuwenden. Die selbst ernannten Retterinnen und Retter dieses Systems haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie gewillt sind, das System bis auf's Letzte zu verteidigen. Die anfangs genannten Maßnahmen zielen darauf ab, wirtschaftliche Interessen zu sichern und immer weitere Lebensbereiche zu ökonomisieren. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Ausbau des Sicherheitsapparats und der Militarisierung der Außenpolitik. So soll jede Form des Widerstands bereits im Keim erstickt werden. Doch wir, wir wollen kein System retten, welches auf der Ausbeutung von Menschen, Tieren und der Natur beruht. Und dies tut der Kapitalismus; denn Profitmaximierung, Zwang zu ständigem Wachstum und ein Wohlstands- und Machtgefälle sind ihm immanent.

Opfer dieses destruktiven Systems sind nicht nur die Menschen. Opfer dieses lebensverachtenden Systems sind auch die Tiere. Tiere sind in der kapitalistischen Verwertungslogik keine fühlenden Individuen. Sie sind nur noch Waren, Ressourcen und Produktionsmittel.

Allein in Deutschland werden jährlich Millionen von Tieren eingesperrt und ermordet. Sie werden gnadenlos ausgebeutet von der Lebensmittelindustrie, der Bekleidungsindustrie und der Pharmaindustrie. 765 Millionen Tiere fanden 2013 in Deutschland einen gewaltsamen Tod in den Schlachthöfen. Ca. 100 Millionen Tiere sterben hier in Deutschland Jahr für Jahr für die Eierindustrie. Auch die Zahl der sog. Versuchstiere steigt seit Jahren: über 3 Millionen sog. Versuchstiere wurden 2013 allein in Deutschland ermordet. Dies sind nur einige Beispiele. Die Ausbeutung der Tiere findet quasi überall statt. Sie werden als Kuscheltiere, Spielzeug oder Sportgeräte

missbraucht. Für unsere Unterhaltung werden sie in Zoos und Zirkussen gefangen gehalten. Tiere werden systematisch Opfer einer gesellschaftlich organisierten Gewalt. Diese allgegenwärtige Gewalt, die Tiere erleiden müssen, und ihre gnadenlose Ausbeutung sind untrennbar mit einer Wirtschaftsweise verbunden, die nur auf Profit ausgerichtet ist. Diese Wirtschaftsweise, den Kapitalismus, gilt es zu überwinden.

Wir, die Aktiven der Tierrechtsinitiative Aschaffenburg, meinen, dass eine befreite Gesellschaft erst dann möglich ist, wenn alle frei sind. Wer jene Verhältnisse überwinden will, die Ausbeutung und Zerstörung bedingen, darf die Tiere nicht ignorieren. Tiere sind keine Waren. Sie sind kein Etwas, sondern ein Jemand. Tiere sind nicht zu unserem Nutzen da, sie leben um ihrer selbst Willen. Viele Menschen halten die Ausbeutung von Tieren für völlig „normal“. Aber diese sog. „Normalität“ ist lediglich die Folge eines kollektiven Wegsehens, Verdrängens und Verschweigens. Sie ist keinesfalls natürlich, sondern menschengemacht. Das heißt aber auch, dass wir Menschen die Ausbeutung der Tiere beenden, dass wir diese grauenhafte „Normalität“ überwinden können. Die Gewalt gegenüber Tieren muss ein Ende finden.

Solidarität mit Tieren heißt, sie nicht weiter als „Ware“, „Rohstoff“, „nutzbare Objekte“ anzusehen und für ihre Befreiung zu kämpfen. Wir von der Tierrechtsinitiative Aschaffenburg wollen deshalb den Kampf für die Befreiung der Tiere in die anderen sozialen Bewegungen tragen. Wir meinen, dass soziale Kämpfe nur dann Erfolg haben können, wenn sie nicht auf einzelne Themenfelder beschränkt bleiben. Sie müssen vielmehr darauf zielen, den verschiedenen Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen die gemeinsame ökonomische Basis zu entziehen.

Eine andere Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der Menschen nicht geknechtet, Tiere nicht auf die Schlachtbank geführt und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört werden, ist möglich. Lasst uns gemeinsam kämpfen für ein gutes Leben für alle Lebewesen, für eine wirklich befreite Gesellschaft!

Tierrechtsinitiative Aschaffenburg
www.tierrechtsinitiativeaburg.blogspot.de

Kein Grubenunglück, sondern ein Massenmord

Bei einer Explosion in 700 Meter Tiefe in einer Kohlegrube in Soma kamen, über 285 Arbeiter ums Leben. Es wird befürchtet, dass sich die Zahl der Toten noch dramatisch erhöhen könnte. Es wurde berichtet, dass bis jetzt 360 Arbeiter, sowohl tot, als auch lebendig, aus der Grube geborgen wurden konnten. Doch noch immer gibt es keine gesicherten Zahlen darüber, wie viele Arbeiter sich noch unter den Trümmern befinden. Laut einer Erklärung befanden sich, zum Zeitpunkt der Explosion, 780 Bergleute in dem Werk. Das würde bedeuten, dass noch 420 Arbeiter unter der Erde eingeschlossen sind und auf Rettung warten!

Die Tränen, die seitens der Regierung vergossen werden, sind in Wahrheit nichts anderes als Krokodilstränen! Noch vor kurzer Zeit kommentierte Ministerpräsident Erdogan die bisherigen Morde in Bergwerken und Gruben mit:

„Zu sterben gehört zum Schicksal von Bergarbeitern“.

Das haben wir und die Bevölkerung nicht vergessen!

Der Unfall in Soma machte jedoch erneut deutlich, dass die wahre Ursache nicht bei einem höheren Wesen, sondern in der Politik zu suchen ist. Der betroffene Betrieb in Soma war bis zu seiner Privatisierung im Jahr 2005 in öffentlicher Hand. Damals wurden die Abbaurechte an einen Privatunternehmer übertragen. Der heutige Konzern-Chef Alp Gürkan sagte in einem Zeitungsinterview vor zwei Jahren mit folgenden Zahlen: „Der Staatsbetrieb produzierte eine Tonne Steinkohle für 130 US-Dollar und schrieb deshalb rote Zahlen. Wir haben die Produktionskosten pro Tonne auf 23,80 US-Dollar reduziert und erwirtschaften Gewinne.“ Auf die Frage, wie dieses „Wunder“ verwirklicht werden konnte, antwortete er: „Wir setzen den Arbeitsstil der Privatwirtschaft um.“

Konkret bedeutet dieser Stil: Erhöhen des Drucks auf die Belegschaft, Entlassungen, Abkürzung der Löhne, Einsatz von Leiharbeitern, Sparen an Arbeitsschutz und -

sicherheit, Verhindern von Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit.

Wir haben auch nicht vergessen, dass die Führungskräfte der Soma Holding AG, der die Grube gehört, vor kurzem bekannt gegeben hatte, die laufenden Kosten um 60 % zu senken. Die Profitgier der Soma Holding AG-Bosse führte zur Reduzierung der Arbeiterzahl, der Kündigung von erfahrenen Arbeitern und zur Einstellung von Leiharbeitern, die keine Erfahrung in Bergarbeit haben. Mit allen dem wurde das Massaker Stück für Stück vorbereitet! Dass einer der toten Arbeiter erst 15 Jahre alt war, zeigt das Ausmaß, wie die Arbeiter ausgebeutet werden.

Dass, trotz alledem, die Inhaber heute von einem „tragischen Unfall“ reden, zeigt, dass sie auch in Zukunft bereit sind hunderte oder sogar tausende Arbeiter für den Profit zu opfern! Die eingebetteten Medien berichten, dass die Sicherheitsmaßnahmen der Mine auf dem höchsten Stand gewesen seien und sprechen ebenfalls von einem „tragischen Unfall“. Professor Dr. Orhan Kural, ein „Experte“ für die Soma-Grube, Anhänger AKP Regierung, äußerte sich auf einem Fernsehkanal wie folgt: „Der Tod durch Kohlenmonoxid ist ein süßer Tod. Sie würden keinen Schmerz spüren. Zu verbrennen ist ein qualvoller Tod. Ich würde mir, für mich, auch einen schmerzlosen Tod wünschen“. Solche Worte zeigen, als wie wertlos das Leben der Arbeiter gesehen wird!

In der 12-jährigen Regierungszeit der AKP wurden über 14 000 Arbeiter bei Arbeitsunfällen ermordet.

Wir haben keinen unserer arbeitenden Brüder oder Schwestern vergessen und werden sie nie vergessen! Wir rufen, als Halkevi, alle demokratischen Organisationen, egal ob mit Migrationshintergrund, oder Ohne dazu auf mit uns Stellung zu beziehen und gegen die AKP-Regierung und das Kapital zu protestieren!

ES IST Kein Grubenunglück, was in Soma passiert, sondern ein Massenmord

Adler und der Entschädigungsfond

Wir wollen aus leider nach wie vor aktuellem Anlass ein paar Worte zur Firma Adler aus Haibach und darüber hinaus über die kapitalistische Produktionsweise im Allgemeinen ein paar Worte verlieren.

Am 24. April 2013 stürzte das Fabrikgebäude Rana Plaza in Bangladesch ein. Bei dem bislang schwersten Fabrikunglück in der Textilindustrie wurden 1127 Menschen getötet und 2438 verletzt. Bangladesch ist für westliche Unternehmen aus der Textilbranche eines der wichtigsten Länder. Namhafte Unternehmen wie KiK, NKD, Benetton, C&A oder Primark ließen ihre Produkte in Rana Plaza nähen. In den Trümmern fand man auch ein Logo der Adler Modemärkte AG aus Haibach bei Aschaffenburg.

Für die Rana-Plaza-Verletzten und Angehörigen der Toten wurde ein Entschädigungsfonds gegründet. Laut der Kampagne für Saubere Kleidung sind bislang elf Millionen Euro eingezahlt, 30 Millionen Euro sind das Ziel.

28 westliche Unternehmen sind dazu aufgerufen in den Fonds einzuzahlen. Die Firma Adler weigert sich bis heute eine Zahlung zu leisten, da das Rana Plaza kein Partnerbetrieb gewesen sei. Nur einen kleinen Auftrag hätte es gegeben - ohne Wissen und Zustimmung der Firma. Festzuhalten ist, dass fast jedes Unternehmen, das angesprochen wurde, zunächst abgewunken hat.

»Wir haben das Rana Plaza nicht genutzt« oder »Wir haben am Unglückstag nicht produzieren lassen«. Sind die Standardfloskeln der Unternehmen.

Doch es gehört zur Strategie großer Konzerne, dass man nicht direkt, sondern über Händler agiert. Fast alle Unternehmen haben unübersichtliche Lieferbeziehungen. Wenn man dies als Argument durchgehen lässt, kann gar niemand mehr zur Verantwortung gezogen werden.

Aus aktuellem Anlass wollen wir ein paar Zahlen zu Adler nennen, die erst diese Woche veröffentlicht wurden:

Adler betreibt 168 Märkte, davon 142 in Deutschland. Laut Pressemitteilung stieg der Umsatz des Konzerns im ersten Quartal um 8,4 Prozent auf rund 113 Millionen Euro. Adler wuchs nach eigenen Angaben deutlich schneller als der Mode-Markt, der nur um durchschnittlich 3,0 Prozent zulegen. Adler äußerte sich in einer aktuellen Mitteilung: »Die

erfreulichen Steigerungen gegenüber dem Vorjahr machen uns zuversichtlich, dass wir 2014 das exzellente Ergebnis aus dem vergangenen Jahr noch einmal leicht übertreffen können«. 2013 hatte Adler rund 529 Millionen Euro umgesetzt und 18,6 Millionen Euro Gewinn gemacht.

Dieses Unternehmen, mit exzellenten Ergebnissen, weigert sich in den Entschädigungsfonds der Hinterbliebenen einzuzahlen. Gegenüber der Kampagne für saubere Kleidung gibt Adler sogar an, aus „humanitärem Verantwortungsgefühl“ trotz allem eine Summe von 20.000 € gespendet zu haben. Sie hätten die Summe über „vertrauenswürdige Kontakte im Land“ direkt Betroffenen und Hinterbliebenen zukommen lassen.

Wie auch immer diese vertrauenswürdigen Kontakte in Bangladesch aussehen mögen.

Wir unterstützen die Forderung der Kampagne für saubere Kleidung und sagen:

ADLER, zahlt endlich eine angemessene Summe in den Entschädigungsfonds!

Bei all diesen Widrigkeiten dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Die Schweinerein, dass es überhaupt Billiglohnländer gibt, in denen Menschen unter menschenunwürdigsten Bedingungen produzieren, ist nicht die Schuld einzelner besonders gieriger Unternehmer. Die Ursachen haben systemische Gründe, die wir kurz erläutern wollen.

Im Kapitalismus wird nicht für die Bedürfnisse der Menschen produziert, sondern der größte Teil des Wirtschaftens und Arbeitens ist auf Profit ausgerichtet. Deswegen basiert die Zerstörung von Mensch und Natur nicht auf besonders unmenschlichen Entscheidungen, sondern sie entspringt den ureigensten Gesetzen des Kapitalismus.

Alle Unternehmen – und auch die Menschen selbst – stehen im Kapitalismus in Konkurrenz zueinander, was beschönigend Wettbewerb genannt wird. Aus diesem Grund müssen sie, um nicht Pleite zu gehen, mehr Profit als die Konkurrenten erwirtschaften. Tun sie dies nicht, kann der Konkurrent sie mit Hilfe des zusätzlichen Gewinns bald vom Markt drängen. Deshalb werden – immer wenn möglich – Löhne gekürzt, Pausen gestrichen, Leute entlassen oder Produktionsstätten verlagert. Wie eben im Fall der Textilproduktion nach Bangladesch. Auch vor Umweltzerstörung wird nicht

zurückgeschreckt, wenn es Kosten spart. Die Konkurrenz würde jedes 100% moralisch handelnde Unternehmen vom Platz fegen. Deswegen ist auch die Firma Adler nicht DAS Übel der Welt, sondern den systemischen Sachzwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft unterworfen.

Wir wollen damit nicht sagen, dass Adler keine Verantwortung für das eigene Handeln trägt. Adler hat für diesen Exzess zu bezahlen!

Katastrophen wie die in Bangladesch sind oft nur die Spitze des Eisbergs und somit die offensichtlichsten Grausamkeiten im Kapitalismus. Doch ebenso wie die Krise eine systemische und eben keine Ausnahme ist, sind auch Wettbewerb und Konkurrenz keine negativen

Begleiterscheinungen, sondern Kern kapitalistischer Produktion. Denn auch ganz ohne Krisen und Katastrophen, schafft der Kapitalismus Gewinner und Verlierer, Arm und Reich, sowie tägliche Ausbeutung mal auf niedrigerem und mal auf höherem Niveau.

Deswegen gilt es, dass wir uns gemeinsam mit den Menschen in Bangladesch, und überall auf der Welt, gegen die Angriffe auf unsere Lebensstandards wehren. Wir sollten uns gegenseitig in unserem Kämpfen unterstützen und für die Verbesserung unserer Lebenssituation kämpfen. Und dabei dürfen wir nicht vergessen und müssen leider immer wieder darauf hinweisen, dass Schweinereien wie die in Bangladesch und Ausbeutung und Unterdrückung im Allgemeinen, erst dann auf dem Müllhaufen der Geschichte sind, wenn der Kapitalismus überwunden und durch eine Kooperation der Freien ersetzt ist.

In diesem Sinne: Verleihen wir unserer Solidarität praktischen Ausdruck und bauen wir Druck auf Adler und all jene Akteure auf, die derart unverfroren vom Elend anderer profitieren und sich ihrer Verantwortung entziehen wollen. Und lasst uns endlich das schon so lange überfällige Ende vom Kapitalismus organisieren, damit mit dieser Scheiße endlich Schluss ist.

Her mit dem guten Leben, für alle Menschen, weltweit!

*Basisgruppe Emanzipation Aschaffenburg
www.bgeab.blogspot.eu*

Bildung: Freier Zugang statt freiem Handel

Bildung ist keine Ware!

Sie kennen wahrscheinlich die Geschichte mit dem Freihandelsabkommen TTIP und dem Chlorhühnchen. Z. B. aus Kabarett-Sendungen. Ja, man kann natürlich auch eine Lachnummer daraus machen. So geeignet das Chlorhühnchen dafür ist, so wenig ist es tatsächlich Teil der TTIP-Misere.

Das eigentliche Freihandels-Ziel sind einseitige Supergrundrechte für die Konzerne zum Schutz ihrer internationalen Investitionen.

Die wenigsten sprechen z. B. über die Streichung von Arbeitnehmerrechten. Noch weniger bisher über TISA. Nein, nicht PISA, TISA! Ein noch größeres Abkommen als TTIP. Ein noch dickerer Hund. Und hat auch mit Bildung zu tun. Nämlich, sie unter rein wirtschaftlichem Blickwinkel als käufliche Dienstleistung zu betrachten. Sie nicht mehr, wie in früheren Abkommen (GATS), vom Freihandel auszunehmen.

Dann kann sie von mächtigen Bildungskonzernen auf der Jagd nach der höchsten Profitrate noch gewinnbringender vermarktet werden. Das Trade in Services Agreement (TISA) oder auch Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen wird seit 2012 verhandelt. Nicht nur zwischen EU und USA, sondern mit 20 weiteren Staaten.

Und wie alle Freihandelsabkommen - natürlich höchst geheim!
Die Öffentlichkeit soll vor vollendete Tatsachen gestellt werden, z. B., dass ein Staat seine öffentliche Bildung finanziell nicht mehr so ausstatten kann, wie er es für nötig hält. - Es sei denn, er „unterstützt“ die Bildungseinrichtungen von privaten Anbietern aus aller Welt genauso wie seine eigenen. Tut er es nicht, kann er von den Konzernen nach obigem Supergrundrecht verklagt werden. Was natürlich jeden öffentlichen Haushalt sprengt. Ergebnis für die öffentliche Bildung: Die Privatisierung wird noch wilder voranschreiten, als sie es ohnehin schon tut. Der Zugang zu Bildung wird vollends vom „freien Menschenrecht“ zur Ware für Kunden. Kunden müssen zahlen. Wie z.B. in Troika-Griechenland, wo Englischunterricht in der Schule gekürzt und im nötigen Maß nur noch auf dem Privat-Markt zu haben ist. Natürlich ist der EU-Handelskommissar bei all den Verhandlungen umringt von der Lobby der Konzerne und Kapitaleigner. Demokratie? - Fehlanzeige!

Schluss mit Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA!

Runter mit dem Wirtschafts-Lobbyismus in der EU!

Rauf mit Bildung und den anderen öffentlichen Vorsorge- und Versorgungsbereichen!

GEW: jährlich 50 Milliarden mehr für gute Bildung!

GEW Aschaffenburg, R.Frankl
<http://www.gew-aschaffenburg.de/>

Krisenproteste à la Blockupy

Hallo an Alle

Schön, dass ihr noch da seid, auch wenn wir nur so wenige sind. Wir haben heute auch nicht mit einer großen Aktion bzw. Teilnahme gerechnet. Trotzdem ist es richtig und wichtig, dass wir hier sind!

Wir, von der Basisgruppe Emanzipation, möchten zum Abschluss der Kundgebung noch ein paar Gedanken loswerden und versuchen uns kurz zu fassen.

Sozialproteste sind speziell in Deutschland keine leichte Sache. Woran das liegt mag unterschiedliche Gründe haben. Einer davon ist sicherlich, dass der absolute Großteil der hiesigen Bevölkerung überzeugt davon ist, auf der Gewinnerseite im europäischen und globalen Wettbewerb zu stehen. Das ist ja auch nicht ganz falsch. Schließlich geht keine andere Nation in Europa so gestärkt aus der Krise hervor wie die BRD. Südeuropäische Länder, zum Beispiel, sind weitaus stärker von Massen- und Jugendarbeitslosigkeit betroffen als Deutschland.

Doch blicken wir kurz zurück: Noch Ende der 90er, Anfang der 2000er Jahre wurde Deutschland, auf Grund eines zurückbleibenden Wirtschaftswachstums, als Schlusslicht Europas bezeichnet.

Erst mit der Agenda 2010 und nach Einführung der Hartz IV Gesetze, die einen massiven sozialen Kahlschlag und umfassenden Angriff auf soziale Standards bedeuteten, konnte der Wirtschaftsstandort auf Kosten der Lohnabhängigen wieder Wettbewerbsfähig gemacht werden.

Mit den Folgen, wie beispielsweise einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, einer Ausweitung des Niedriglohnsektors, dem Boom der Leiharbeitsbranche und vielen anderen Schweinereien haben wir noch heute zu kämpfen.

Was in Deutschland schon vor der Krise durchexerziert wurde, wird heute, wesentlich härter, in den von der Krise gebeutelten Ländern durchgezogen.

Die Folgen der Sparprogramme, wie massive Verarmung und Verschuldung breiter Bevölkerungsschichten, hunderttausende Zwangsräumungen, der Zusammenbruch der Gesundheitssysteme etc. sind bekannt. Diese, von der Troika diktierte Austeritätspolitik, kann durch die führende Rolle der BRD, als deutsches Exportmodell für Armut und Sozialabbau bezeichnet werden.

So unterschiedlich die jeweiligen Situationen auch sein mögen, sie haben eine Gemeinsamkeit: Für die Schaffung und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, oder aktuell zur Sanierung der durch die Krise angeschlagenen Länder, mussten schon immer und überall die Lohnabhängigen ihre Gürtel enger schnallen und verzichten. Es ist kein Geheimnis, dass die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend tiefer wird. Selbst in Zeiten der Krise verzeichnen Unternehmen noch satte Gewinne, während gleichzeitig Armut und Elend um sich greifen.

Was jedoch unsere Situation hierzulande von anderen massiv unterscheidet ist die Tatsache, dass es bisher nur wenig spürbaren Protest gegen all diese Entwicklungen gibt. Gab es in anderen Ländern bereits massive Proteste und Generalstreiks, herrscht bei uns Burgfrieden. Die Blockupyidee aus dem Jahr 2012, die Europäische Zentralbank in Frankfurt für einen Tag zu blockieren, entstand genau aus diesem Hintergrund. Es sollten auch bei uns, im Herzen des europäischen Krisenregimes, Proteste gegen die Politik der Troika initiiert und Solidarität mit den von den Sparprogrammen Betroffenen sichtbar gemacht werden.

Das ist jetzt zwei Jahre her und in der Zwischenzeit ist viel passiert. Heute stehen wir hier in Aschaffenburg, als Teil eines bundesweiten Bündnisses, das mit anderen in ganz Europa vernetzt ist. Doch machen wir uns nichts vor: nach wie vor sind soziale Proteste keine Selbstläufer und wir müssen diese in mühseligen und kleinen Schritten anschieben und bleiben trotzdem oft nur unter uns.

Doch, dass die außerparlamentarische Linke endlich aus ihren Teilbereichen und Abwehrkämpfen ausbricht, sich in soziale Kämpfe versucht einzubringen und sich auf die Suche nach neuen Konstellationen und Formen von Zusammenarbeit begibt, ist eine nicht zu unterschätzende Neuerung radikal linker Politik. Und diese eröffnet auch neue Perspektiven für Protest und Widerstand. Lassen wir uns also nicht entmutigen, wenn wir heute nur wenige sind die sich hier versammelt haben. Denn spätestens wenn im Winter diesen Jahres der Neubau der europäischen Zentralbank in Frankfurt eröffnet wird, werden wir mit vielen Tausend anderen aus ganz Europa zusammenkommen und unseren Protest massenhaft und unübersehbar zum Ausdruck bringen. Diese

aktivistischen Zusammenkünfte sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir noch zu wenige für wirkliche Veränderung und Emanzipation sind. Aber sie können erfahrbar machen welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn wir uns länderübergreifend vernetzen.

Wir werden in der Aktion unsere Solidarität und Verbundenheit, aber auch unsere Wut und Empörung über die herrschenden Verhältnisse sichtbar machen und zeigen, dass es durchaus Alternativen zum Status quo gibt.

Die Idee eines anderen Europas, einer anderen Welt: Grenzenlos, basisdemokratisch organisiert und jenseits des Kapitalismus!

Leiten wir die nächste Phase ein: kommen wir vom symbolischen Protest zum aktiven Widerstand. Tragt euren Teil dazu bei und macht mit bei Blockupy!

Wir sehen uns spätestens zur Eröffnung der EZB in den Straßen Frankfurts - das wird unsere Party!

*Basisgruppe Emanzipation Aschaffenburg
www.bgeab.blogspot.eu*

Pressemitteilung

zum Blockupy Aktionstag in Aschaffenburg

16. Mai 2014

Blockupy ist überall – auch in Aschaffenburg

Im Rahmen des zentralen Aktionstags von Blockupy fanden heute vielfältige Aktionen in Aschaffenburg statt. Getragen durch das vor kurzem gegründete lokale Bündnis gab es am Nachmittag mehrere Infostände in der Innenstadt. Thematisch breit aufgestellt, ging es unter anderem um Leiharbeit, Bildungspolitik, Kapitalismuskritik und Ausbeutung von Tieren.

Zum Abschluss des Aktionstags fand eine Kundgebung unter dem Motto

*„Gegen rassistische Stimmungsmache, Nationalismus und reaktionäre Krisenpolitik.
Die Krise heißt Kapitalismus“*

statt, an der über 100 Menschen teilnahmen. Die Kundgebung war Ausdruck globaler Solidarität und setzte ein Zeichen gegen die Austeritätspolitik der Troika. Neben antikapitalistischen Redebeiträgen gab es auch kritische Informationen zu den Produktionsbedingungen im Textilbereich in Bangladesch und der Rolle des Adler Konzerns in Haibach, der trotz Rekordgewinnen sich weigert, in den Hilfsfonds für die Hinterbliebenen der Rana Plaza Katastrophe einzuzahlen. Darüber hinaus wurde aus aktuellem Anlass das Grubenunglück in Soma thematisiert und der skandalöse Umgang der türkischen AKP Regierung mit diesem.

Dem Aufruf zu selbst organisierten Protesten folgend, führten mehrere Kleingruppen bereits am Vormittag verschiedene Aktionen durch. Unter anderem wurde der Vorraum der Filiale der Deutschen Bank aus Protest gegen die Praxis der Nahrungsmittelspekulation mit gelben Säcken „vermüllt“, der Menschen ausbeutende Alltag in Leiharbeitsfirmen mittels aufgeklebter Parolen angeprangert und außerdem die Zentrale von Adler in Haibach mit einem Go-in besucht. Kund_Innen und Mitarbeiter_Innen wurden über die Gleichgültigkeit des Unternehmens informiert und der Forderung nach Entschädigung der Opfer Nachdruck verliehen. Um auch die Ausbeutung von Tieren im Kapitalismus zur Sprache zu bringen, führten Aktivist_Innen eine spontane Kundgebung vor Pelz Drescher durch.

Auf der Abschlusskundgebung zeigte sich eine Aktivistin mit dem Aktionstag zufrieden und bekräftigte die Aussage, dass das Aschaffener Blockupy Bündnis sich auch an den Protesten gegen die Eröffnung des EZB Neubaus in Frankfurt beteiligen wird. Doch auch in Aschaffenburg ist zukünftig mit Aktionen des lokalen Blockupy Bündnis zu rechnen.

Gedanken zu Blockupy

Gedanken zu Blockupy, Kapitalismuskritik und die Kritik an der Kapitalismuskritik.
Verfasst nach den Aktionstagen, diese Texte spiegeln nicht die Meinung des Blockupy Bündnisses
Aschaffenburg wieder.

Beobachtungen zur Kapitalismuskritik

1. Kapitalismuskritik ist das Schwere, das so nötig zu machen ist.

Die einen arbeiten immer mehr und immer stressiger, die anderen bekommen überhaupt keine Arbeit, haben damit zu wenig zum soziokulturellen Leben. Im weltweiten Maßstab ist das real existierende und nach dem „Kalten Krieg“ – der so kalt nicht war – einzig übrig gebliebene Wirtschaftssystem eine höchst mörderische Angelegenheit. Verhungern, Terror, Verstümmelungen und Tote durch Arbeitsunfälle, Tod durch Krankheiten, die längst heilbar sind, Kriege um Macht und Rohstoffe, ökologische Katastrophen bis hin zu atomaren Reaktorunfällen, Frustrationen und Gewalt, Elends-Drogenkonsum und Alkoholismus, Sexismus und Rassismus – alles hängt direkt oder vermittelt mit dem Wirtschaften in dieser einen Welt zusammen.

Wenn schon Welt, Zeit oder Handelsblatt dieses real existierende Wirtschaftssystem Kapitalismus nennen, dann dürfen wir dies hier sicherlich auch tun – und haben damit bereits ein Wesentliches begriffen: Dass es ein System ist, keine boshafte Veranstaltung einzelner Individuen. Und: Wir fühlen, wir wissen, dass hier grundlegend etwas nicht stimmt. Was wir weniger wissen: Warum passiert das alles? Wer oder was steckt dahinter? Wie hängt das alles zusammen? Können wir was dagegen tun? Und wenn ja: Was tun? Fragen über Fragen. Und wir wissen, dass die Antworten so wichtig sind.

2. Kapitalismuskritik muss umfassend und zutreffend sein, sonst verklärt sie nur, was sie erklären sollte.

Wenn wir weder falschen Propheten auf den Leim gehen noch unsere Fehler vorprogrammieren wollen, dann muss unsere Kritik zutreffend sein; und sie muss umfassend sein, darf sich nicht an einzelnen Erscheinungen abarbeiten, nicht bei Teilkritik stehen bleiben. Würde sie dies tun, könnte sie nicht erklären, was sie erklären soll. Leicht könnte dieser Anspruch für eine akademische Hirnakrobatik gehalten werden. Nur: Eine unzureichende Kritik zieht – das sollte schon mit der einfachen Logik begreiflich sein – eine unzureichende Praxis nach sich. Genau deshalb ist es wichtig, sich die Mühe zu machen, die eigene Kritik kritisch zu hinterfragen.

Gehen wir aber, um das ganze Ausmaß der Gefahr verkürzter Kritik zu erfassen, nochmal der Frage nach, welche Ergebnisse schon heute verkürzte Kritik des real existierenden Wirtschaftssystems mit sich bringt.

3. Verkürzung der Kritik ist der simple Weg der Simpel.

Es gibt eine knallrechte oder populistische Kapitalismuskritik, die genau das zeigt, was es zu vermeiden gilt. Denn aus Denkfaulheit und aufgrund ideologischer Vorgaben können Rechte den Kapitalismus nicht wirklich kritisieren, ja, nicht einmal begreifen. Sie gehen von einem guten „schaffenden“ und einem schlechten „raffenden“ Kapital aus (auch wenn sie sich das nicht immer so zu nennen trauen), was an sich bereits ein grober Unfug ist, in jedem Fall aber dazu führt, dass das Problem eines Wirtschaftssystems personalisiert wird.

Bestimmten Menschen wird Gier unterstellt – oder es wird dieser „Trieb“ einer ganzen Gruppe angedichtet, „den Juden“ oder „der Wallstreet“ (womit wiederum eine angeblich jüdisch dominierte Finanzoligarchie in den USA betitelt wird). Große Firmen gelten dabei als eher schlecht, kleine Klitschen als gut, nicht bedenkend, wie brutal der nicht einmal durch Betriebsräte oder Gewerkschaften gemilderte Terror der Betriebsinhaber gerade in Kleinfirmen so mancherorts daherkommt.

Auch ist diesen Kritikern nicht das Wirtschaften an sich suspekt, sondern der Geldverleih, der Zins. Dass dieser nichts ist als der Preis der Ware Geld (sofern sie als Ware und nicht als Tauschmittel auftritt) – das ist für diese denkfaulen Ideologen bereits zu viel an Überlegung. Sie stürzen sich zwangsläufig in den Wahn des Antisemitismus und Antiamerikanismus; den Antikommunismus dürfen wir dann auch voraussetzen – er ist als siamesischer Drilling zusammen mit den beiden erstgenannten in diesen Kreisen zwanghaft anzutreffen.

In diesem Zusammenhang wird gerne die „Spekulation“ zum Problem ernannt, das Setzen auf steigende oder fallende Preise etc. Hier wird so getan, als ob es im Kapitalismus eine spekulative und eine gute Sphäre gäbe. Allerdings ist auch das ganz gewöhnliche Wirtschaften bereits zwanghaft Spekulation: Niemand weiß vorher, ob die produzierten Güter, die angebotenen Dienstleistungen

wirklich abgesetzt werden können. Es wird also darauf spekuliert, dass ein ausreichender Absatz möglich vorhanden sein wird. Schon das Wort Kredit kommt von credere, also glauben – es wird geglaubt, dass jemand auch mal das Gekaufte wird bezahlen können. Nichts als Spekulation also. Fazit: Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus ist pure Spekulation und kein Betrug (den gibt es, aber er ist eine kriminelle Sonderform, nicht das Wesen dieses Systems).

Um es klar zu machen: Kapitalismus ist ein System, in dem niemand heimlich Fäden zieht, um es am Leben zu halten. Es wird produziert oder es werden Dienstleistungen angeboten, um aus Geld mittels Einsatz von Waren (und Arbeitskraft ist hier auch nur eine Ware) noch mehr Geld zu machen; es wird nicht produziert zur Befriedigung von Bedürfnissen, die in der Bevölkerung benannt worden wären. Dabei ist es völlig egal, was angeboten wird – Blumentöpfe oder Landminen, Klopapier oder unsinnige Medikamente, Altenpflege oder Privatfernsehen – es kommt nur darauf an, damit Profit zu erzielen. Die Konkurrenzsituation in der Warengesellschaft macht es erforderlich, dass alle nach dem maximalen Profit streben, da nur er sicherstellen kann, dass ein Überleben des Betriebes – und das heißt: auch künftig das Erwirtschaften von Profit – möglich sein wird. Dazu ist es eben nötig, die Konkurrenten zu schlagen, um in der nächsten Runde des Konkurrenzkampfes noch dabei zu sein. (Es gibt hier einige Ausnahmen, Spezialbetriebe, staatliche Betriebe etc. – aber diese ändern nichts am Wesen des Gesamten.) Die unsichtbare Hand der Märkte ist das Entscheidende, nicht der Wille einzelner Betriebsinhaber. Und die ganze Gesellschaft hat sich danach zu richten; das kapitalistische Wirtschaften wird zum kapitalistischen Sein, es durchdringt alle Lebensbereiche.

Es gibt im real existierenden Wirtschaftssystem Sachwalter der Macht wie Aufsichtsräte, Manager, persönliche Betriebsinhaber, große Ressortleiter etc.; es gibt dort Ideologieproduzenten wie professorale Kaffeesatzleser (die sich Wirtschaftsexperten nennen lassen), Chef-Analysten und leitende Funktionsträger in Ratingagenturen etc.; es gibt Bundespolitiker, Ministerpräsidenten und auch mal Ministerpräsidentinnen – bis hin zur Kanzlerin; wir dürfen diese gerne als herrschende Klasse bezeichnen. Aber selbst diese Führungsriege des Systems ist grundsätzlich austauschbar. Und: Auch sie herrscht nicht absolut, sondern ist den genannten Marktzwängen ebenfalls untergeordnet, muss sich auf Gedeih und Verderb an diesen orientieren.

Unterhalb dieser Klasse gibt es in breiter Abstufung diejenigen, die arbeiten oder unbezahlte Reproduktions- und Care-Arbeit leisten (die Familie versorgen, die Oma pflegen ...) oder einfach als Arbeitsreserve erwerbslos mehr schlecht als recht leben müssen, kaum als Konsumenten taugen und vor allem als Drohmittel gut sind, mit dem der Preis der Ware Arbeitskraft gesenkt werden kann. Wenn wir diese Gruppe in ihrer Gesamtheit als Arbeiterklasse bezeichnen, so ist dies zwar ein sehr alter und wenig differenzierter Begriff, er ist aber auch nicht wirklich falsch.

Klassenkampf dürfen wir dann jene mehr oder minder blutige Sache nennen, bei der es darum geht, die Verwertungsbedingungen für das Kapital noch besser zu machen – oder einige Zugeständnisse für ein etwas besseres Leben der Mehrheit abzutrotzen. Und dieser Klassenkampf wird beständig geführt, derzeit meist von der hier als herrschenden Klasse bezeichneten Schicht.

Krisen sind bei der Veranstaltung namens Kapitalismus kein vermeidbaren Sonderfälle, sondern immer wieder – und zwar zwanghaft – auftretende Erscheinungen – genauso wie Kriege, Verelendung und Entwurzelung, Öko-Katastrophen und Flüchtlinge. Krisen gibt es nicht, weil einige oder viele etwas falsch machen, sondern weil sich alle in der Logik des Systems vollkommen richtig verhalten: Rationalisieren, auf Teufel komm raus produzieren, Löhne senken, Umweltstandards unterlaufen, immer größere Stückzahlen herstellen, für die Müllhalde zu produzieren – und wenn das keine Chance auf Profit mehr bringt, dann in die Finanzwirtschaft ausweichen, um dort entweder das Geld anderer Betriebe oder Personen abzuschöpfen oder auch mal einfach nur Wertschöpfung vorzugaukeln (denn Geld kann selbstverständlich nicht arbeiten und Werte schaffen – das kann nur menschliche Arbeit). Wenn dann der Staat einspringen muss, um als ideeller Gesamtkapitalist (also als Sachwalter der gesamtkapitalistischen Interessen) zu retten, was zu retten ist, dann entstehen Staatsschulden. Sparprogramme oder wahlweise Konjunkturprogramme sind – das aber nur angedeutet – dabei nur zwanghaft untaugliche Mittel, die systemischen Probleme zu beheben. Wie sollte das auch gehen, bei einem System, das unbeschränktes Wachstum als Voraussetzung hätte, um zu funktionieren?

Dies alles ist von Menschen gemacht, ohne dass dahinter ein Masterplan oder eine geheime Gruppe steht. Das aber macht die Sache schwierig und die verkürzte Kapitalismuskritik so erfolgreich: In ihr ist das Böse böse und das Gute ist gut, der Eingeweihte kann dies sofort erkennen, es ist alles so klar und einfach wie in einem Roman von Karl May. Wer aber lieber Karl Marx möchte, weil er oder sie nach wirklichen Erklärungen sucht, der oder die wird sich etwas mehr anstrengen müssen. Viel mehr.

4. Denunziation der praktischen Kapitalismuskritik ist der Einstieg in den Ausstieg der Opposition.

Da es (zweifelsohne) verkürzte Kapitalismuskritik gibt, steht in bestimmten – meist so genannten antideutschen – Kreisen jede Kapitalismuskritik im Verdacht, antisemitisch (verkürzt) zu sein. Das gilt vor allem dann, wenn sie nicht in Theorie und Praxis immer und in jedem Fall alle Aspekte des Kapitalismus angreift. Es ist zwar schier unmöglich, in jedem Streik, in jedem Flugblatt, in jeder Veranstaltung, in jeder Demonstration etc. alle Aspekte zu berücksichtigen. Aber das zählt bei dieser Kritik nicht, die ein grundsätzliches Misstrauen gegen Kapitalismuskritik hegt – und damit anschlussfähig wird für bürgerliche, für rechte Kreise.

Leider haben es diese Personen geschafft, diese oftmals pauschale Kritik an der Kapitalismuskritik zu etablieren. Und gerade in Teilen der jungen Antifas scheint dies extrem oberflächlich aufgegriffen und dementsprechend oberflächlich weitergetragen zu werden. Da ist es fast schon eine Standardbehauptung: Alle Antikapitalistinnen und Antikapitalisten glauben im Endeffekt an eine „Verschwörung der Herrschenden“, in der mächtige Banker und Politiker die Strippen ziehen. Und das wäre das Einfallstor für Antisemitismus.

Dass es Linke gibt, die den Kapitalismus derart platt sehen, ist kein Geheimnis. Aber auf den Großteil der (radikalen) Linken – aus dem undogmatischen und libertären Spektrum – trifft diese Behauptung einfach nicht zu. Dies gilt gerade nach den teils sehr wichtigen Debatten, die die Antideutschen vor vielen Jahren angeschoben hatten (ihr wirkliches Verdienst!), und in deren Folge plumper Antiimperialismus verworfen wurde. Dennoch greifen gerade junge Antifas, völlig aus dem Kontext der damaligen Zeit gerissen, die Debatte auf und hantieren mit Vorwürfen, die – beispielsweise in den Diskussionen um Blockupy – unangebracht und unsinnig sind. Aber zur Distanzierung und dem Gefühl, auf der richtigen und konsequenten Seite zu stehen, reicht das diesen jungen Antifas offenbar völlig aus. Schade. Denn wer sich in seiner Kapitalismuskritik so selbst beschränkt und damit in wesentlichen Teilen handlungsunfähig macht, der bereitet nichts vor als seinen Ausstieg aus wirklicher Opposition.

verfasst von
Martin Bayer

Mitglied der Redaktion *kommunal.blogspot.de*

Erreichbar über: kommunal@riseup.net

Vom selben Autor liegen zwei Beiträge zum verkürzten Antikapitalismus der Rechten vor, die hier zu finden sind:

<http://kommunal.blogspot.de/2013/09/06/differenzen-die-wirklich-sein-muessen/>

Lest Marx, ihr Bauern!

Kritik am Inhalt der Blockupy Aktionen in Aschaffenburg.

„Die Party geht erst los, wenn Adorno mitmischt.“
(Facebookseite „Adorno hat gesagt“)

„Das Halbverstandene [...] ist nicht die Vorstufe der Bildung, sondern ihr Todfeind.“
(Theodor Adorno)

„Irgendwo muss man ja anfangen“ war der Satz, den ich am Blockupy Aktionstag, im sonst recht öden Aschaffenburg, verhältnismäßig oft zu hören bekam. Wo soll ich anfangen und vor allem wie soll ich anfangen? Als „hineingeschlittert“ würde ich meinen Zustand während den Aktionen am 16. Mai bezeichnen und von diesem vielleicht naiven Standpunkt möchte ich meine Kritik einbringen.

1. Untragbare Konsumkritik.

Aktionen wie die „Untragbar“-Sprüherei nehme ich stellvertretend für jene Aktionen, die von den Aktiven selbst als kapitalismuskritisch wenn nicht sogar antikapitalistisch angepriesen werden. Die Kritik der massenhaft, mit Sprühkreide angebrachten Internetadresse richtet sich aber ausdrücklich gegen bestimmte Unternehmen, dass diese auch nur „ihren Job tun“ (siehe Punkt 4.) und das sehr erfolgreich, wird nicht erwähnt. Diese Aktion beruht auf dem Fehlschluss, dass es eine moralische Grenze gibt, die hier überschritten wurde oder es eine geben sollte, die im Zweifelsfall vom Aktiven selbst definiert wird. Moralvorstellungen sind und bleiben subjektiv und können nicht an einem Wirtschaftssystem gemessen werden, welches sich diesbezüglich keine Standards setzt.

2. Das Märchen von Gut & Böse.

Aus der moralisierenden und personalisierten „Kritik“ erwachsen seltsame und offensichtlich falsche Erklärungsmuster, die komplizierte wirtschaftliche Zusammenhänge auf ein einfaches Schwarz-Weiß Schema herunter brechen. Im Mittelpunkt der Aktionen steht dabei NICHT die praktische Solidarität unter den in einem System Gefangenen, sondern vielmehr das „markieren“ von angeblich Schuldigen. Eigene, unvermeidliche Mitschuld der Aktiven, Kleinen und „Braven“ wird nicht thematisiert, die enttarnten „Bösen“ mit Kreide markiert. Diese Vereinfachung eines komplexen, totalen und oft widersprüchlichen Systems verbaut sich dabei jede Chance auf eine an direkte Aktionen anknüpfende radikale Kritik.

3. Und es bleibt dabei: Das Problem heißt Antisemitismus.

Die vermeintlichen Kritiker tragen dazu in „guter“ deutscher Tradition, bewusst oder unbewusst, zur Verbreitung des Märchens vom bösen Kapitalisten bei. Dies ist ein weit verbreitetes antisemitisches Denkmuster, das Einzelpersonen, kleine Gruppen oder Unternehmen für die Übel des Kapitalismus oder wirtschaftlicher Krisen verantwortlich macht, die fester Bestandteil des Systems, in ihm selbst also angelegt sind. Das dabei gezeichnete Bild entspricht dem eines eigentlich tollen Wirtschaftssystems, welches nur von den Gierigen, Verdorbenen und Bösen „gereinigt“ werden muss. So sehr sie auch geleugnet werden, die Parallelen zu antisemitischen Erklärungsversuchen dieser Welt bleiben bestehen und treten immer wieder, mal mehr, mal weniger offensichtlich zu Tage.

4. Kritik, wie sie sein sollte.

Der Kapitalismus kennt keine Menschlichkeit. Es ist nicht nur grundlegend falsch, sondern auch gefährlich in diesem System das auf Wert, Arbeit und Wachstum beruht, moralische Grenzen zu bestimmen und dadurch zufällig ausgewählte Teile zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Gute und deshalb erfolgreiche Player dieses Spiels für dessen Existenz oder vermeintliche Verrohung verantwortlich zu machen hat nichts mit einer radikalen Kritik am Kapitalismus zu tun und sollte aus jeder, sich selbst als emanzipatorisch begreifenden Szene, Bewegung oder Gruppe verbannt werden. Vielmehr sollte wirkliche Kritik den Kapitalismus als Ganzes, als alltäglichen Wahnsinn in den Mittelpunkt rücken und von diesem Standpunkt aus praktische Solidarität, direkte Aktionen und theoretische Erkenntnisse diskutieren. Nicht der Schulterschluss mit falschen Kritikern, kopflosen Aktionen oder symbolische Solidarität, sondern die radikale Auseinandersetzung mit dem Bestehenden muss der erste Schritt jeder emanzipatorischen Gruppe sein, die sich selbst noch ernst nimmt.

Gegen Personalisierung & Antisemitismus.
Für eine grundlegende Kapitalismuskritik.

Euer Krawalltourist & Möchtegern.
spacestachel.blogspot.de

Pauschalkritik an Blockupy

Der folgende Beitrag entstand aus dem Hintergrund verschiedener Gespräche und Positionierungen, die ich im Vorfeld der Blockupy Aktionstage in meinem Umfeld mitbekommen haben. Der Text ist bewusst sehr allgemein gehalten und reißt vieles nur an. Dennoch setzt er an mancher Stelle vielleicht zu viel „Wissen“ an Szenedebatten voraus um bestimmte Äußerungen, wie von mir gedacht, einordnen zu können. Er wird aber auch für einige keine wirklichen Neuigkeiten enthalten. Vor allem nicht für jene die sich an innerlinken Debatten ab Anfang der 2000er Jahre beteiligt oder diese zumindest verfolgt haben. Der Text soll zum einen zur offenen Diskussion und Findung gemeinsamer Positionen anregen. Gerade vor dem Hintergrund, dass es bei Blockupy Aktive gibt, die sich erst seit kurzem politisch engagieren. Zum anderen habe ich den Eindruck, dass bundesweit große Teile der autonomen, undogmatisch kommunistischen und anarchistischen Szene (im Weiteren „radikale Linke“ genannt) Blockupy entweder komplett ignoriert oder sich ablehnend positioniert. Letzteres mache ich vor allem bei AktivistInnen aus, die sich schwerpunktmässig im Antifabereich bewegen.

In den von mir dabei oft wahrgenommen Vorbehalten denke ich einige Gemeinsamkeiten bzgl. eines speziellen Vorbehalts mit unserer lokalen Situation auszumachen. Somit kann dieser Text vielleicht auch über Aschaffenburg hinaus nutzbar für weitere Diskussionen sein.

Die Kritik an bewegungslinker Politik ist nicht neu. Aufkommend mit dem Beginn globalisierungskritischer Massenproteste, erreichte diese meiner Einschätzung nach in der BRD Mitte der 2000er Jahre, in Mitten der Auseinandersetzung um antideutsche und antiimperialistische Positionen, ihren Höhepunkt. Rückblickend für mich, als Provinzlinker der um die Jahrtausendwende politisiert wurde, eine Phase verworrener Debatten die aufs schärfste polarisiert und teils auf verwerfliche Art und Weise ausgetragen wurden. Als ahnungsloser Szeneneuling bekam eine Positionierung in der Frage „Wie hältst du es mit Israel“ höchste Priorität. Eigentlich waren es doch anarchistische Träume und Ideen die mich aktiv werden ließen. Von heute aus betrachtet fast ein Wunder, dass sich damals Szeneneulinge aus der radikalen Linken nicht so schnell wieder verabschiedet hatten wie sie plötzlich in Mitten dieser Auseinandersetzung waren.

Auseinandersetzungen zu denen die meisten bis dato persönlich nicht auch nur den geringsten Bezug hatten.

Dennoch gab es meines Empfindens nach wichtige Impulse aus der Debatte um Antideutsche Positionen, die nicht nur mich prägten. Positionen, die in großen Teilen der radikalen Linken bis zu diesem Zeitpunkt als „Selbstverständlichkeit“ galten wurden kritisch hinterfragt. Als Beispiel seien hier nur die Übernahme plattester antiimperialistischer Thesen und die teils völlig unreflektierte positive Bezugnahme auf nationale Befreiungsbewegungen sowie die Verankerung einer zum Teil extrem regressiven Kapitalismuskritik genannt. Nachdem sich die Wogen geglättet und ein Teil aus der Szene zurückgezogen oder ganz verabschiedet hatte, war ein Nachlassen dieser Debatten auszumachen. Neu befeuert wurden diese erst wieder im Zuge der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Hier wurden erneut massiv Vorwürfe in alt bekanntem Muster gegen die radikale Linke erhoben, da man sich mit Bündnispartnern ins Handgemenge gebebe, deren Antiamerikanismus und verkürzte Kapitalismuskritik strukturell antisemitisch und anschlussfähig bis in das das neonazistische Lager wäre.

Ich denke, dass all diese Impulse und Diskussionen fast alle Teile der radikalen Linken nachhaltig beeinflusst haben. Wenn es nicht sogar ganz zu einer unausgesprochenen Neuauslotung „linker Selbstverständlichkeiten“ kam, mache ich doch zumindest ein deutliches Mehr an Sensibilität und Reflektion in der politischen Praxis aus. Sah ich manche Debatten damals als eher lähmend an, würde ich diese heute eher als gewinnbringend für die radikale Linke ansehen aus der sich für zukünftige innerlinke Auseinandersetzungen vieles lernen ließe.

Doch im Rahmen von Blockupy stelle ich fest, dass sich mein Eindruck aus unterschiedlichsten Gründen nicht verallgemeinern lässt. Vor allem bei jüngeren GenossInnen erlebe ich ein Revival bereits geführter Debatten bei denen aber lediglich Versatzstücke daraus aufgegriffen und aus dem ursprünglichen Kontext herausgerissen, Verwendung finden. Konnte ich in der Vergangenheit aus fast jeder Kritik, war sie so noch so zugespitzt und polemisch formuliert, irgendetwas für mich rausziehen und mitnehmen, ist dies bei den heutigen nicht der

Fall. Stattdessen sehe ich mich mit einer äußert oberflächlichen und größtenteils schlichtweg falschen Kritik konfrontiert, die meines Erachtens nach, dem bloßem Unwissen ökonomischer Zusammenhänge geschuldet ist. Gleichzeitig scheint es nur wenig Interesse an einer tiefergehenden Auseinandersetzung zu geben. Viel mehr gibt man sich mit der vermeintlichen Gewissheit zufrieden, selbst moralisch rein und intellektuell überlegen zu sein.

Ich möchte dies am Beispiel Blockupy kurz anreißen: Zu Recht haben Teile der radikalen Linken auf die gefährliche und falsche Kapitalismuskritik hingewiesen, die zwischen (gutem) schaffendem und (bösem) raffendem Kapital unterscheidet. Eine antisemitische Deutung, deren barbarische Auswüchse im Nationalsozialismus zu finden sind und in dessen mörderischer Konsequenz die „Endlösung“ als Akt gegen DEN Kapitalismus in Form von Jüdinnen und Juden verstanden wurde.

Verwenden wir jedoch heute in der politischen Analyse und Praxis nur Begrifflichkeiten wie „Finanzsektor“ oder „Bank“, folgt reflexartig die Unterstellung verkürzter oder personifizierter Kapitalismuskritik. Und das vollkommen losgelöst vom Kontext in dem die Begriffe Verwendung finden. AntikapitalistInnen werden so zu ahnungslosen BankenkritikerInnen degradiert, die es aufzuklären gälte, bevor sie sich am Ende ihrer Kritik im Schoss von VerschwörungskritikerInnen, der Hamas oder NPD wiederfinden. Daraus abgeleitet ist somit Blockupy für viele natürlich ein Inbegriff der verkürzten Kapitalismuskritik. Dazu kommt der hämische Hinweis, ob man denn von Sachzwängen, dem stummen Zwang der Verhältnisse, noch nichts gehört hätte. Im Kapitalismus verhalte sich doch jede/r nur so wie es die ökonomischen Verhältnisse voraussetzen um nicht in Konkurrenz und Wettbewerb unterzugehen.

Ein Beispiel das meinen Eindruck verstärkt ist, dass es bei vielen ein Unverständnis dafür gibt, welche Rolle die europäische Zentralbank (EZB) in der derzeitigen EU-Austeritätspolitik einnimmt. Die bloße Kritik an der EZB, als Teil der Troika und somit in ihrer Funktion als handelnder Krisenakteuer, wird mit dem Verweis auf strukturell antisemitischen Deutungsmustern ab gewatscht. Dazu kommt der Hinweis, dass es keine homogene herrschende Klasse gäbe, die sich gegen „die da unten“ verschworen hätte. Als würden AntikapitalistInnen per se behaupten an der Ostküste der USA würden die Strippenzieher

sitzen. Dass es AktivistInnen gibt, die durchaus solche gefährlichen Thesen vertreten bzw. es Menschen gibt, die für solch verkürzte Kritik offen sind, ist nicht zu bestreiten. Die aktuellen Montagsdemos der „neuen Friedensbewegung“ sind dafür ein gutes Beispiel. Doch auf den Großteil der bei Blockupy Aktiven trifft es schlicht und ergreifend nicht zu.

Wir müssen natürlich immer wieder klarmachen, dass wir es mit potentiell austauschbaren Charaktermasken zu tun haben und es nicht DIE Schuldigen für alles Unheil gibt. Doch folgt daraus noch lange nicht, dass wir auf das Benennen und Kritisieren von Krisenakteuren verzichten sollten. Denn wir dürfen nicht ausblenden, dass es Akteure gibt, die in ihrer konkreten Funktion auch Eigeninteressen vertreten und reelle Handlungs- und Entscheidungsmacht haben. Denn trotz aller vorhandener Sachzwänge gibt es für alle Beteiligten eine Menge Spielraum und somit auch andere Handlungsoptionen. Aktuell erleben wir in der europäischen Krisenpolitik wohin diese von der Troika bewusst getroffenen und durchgesetzten Entscheidungen führen: Unter anderem zu einer massiven Verelendung der von Austeritätspolitik Betroffenen.

Die Blockupy-Protteste gegen die Politik der Troika sind nicht von Haus aus antikapitalistisch und können auch nicht die ganze Komplexität kapitalistischer Totalität fassen. Denn die Verhältnisse lassen sich weder auf einem Flugblatt erklären, noch „smashen“ oder in einer anderen Aktion auflösen. Der Kapitalismus schafft extrem widersprüchliche Verhältnisse. Auf der Ebene der Aufklärung bleibt also für uns als radikale Linke noch eine ganze Menge zu leisten.

Blockupy als begleitende Praxis dazu ist für uns der Versuch ein deutliches und solidarisches NEIN gegen die Politik der Troika zu formulieren, Widerstand zu organisieren und die Debatten um Alternativen zu eröffnen und mit einer grundsätzlichen Kritik an Kapitalismus zu verbinden. (mehr dazu im Redebeitrag von BGE zur Blockupy Kundgebung)

Doch anstatt, dass Teile der radikalen Linken versuchen sich in diese kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegung konstruktiv einzubringen und dort eine grundsätzliche Kritik wahrnehmbar zu machen, setzen diese schon im Vorfeld auf Abgrenzung und Ignoranz. Dazu kommt eine arrogante Art und Weise denen gegenüber, die sich erst seit kurzem, eben im Zuge von Blockupy politisch

engagieren. Es handelt sich hier um junge Interessierte denen die ganze Thematik „verkürzter Kapitalismuskritik“ noch vollkommen unbekannt ist. Von denen auf Treffen und Plena Äußerungen kommen, die deswegen auch vor dem Hintergrund ihrer Unerfahrenheit aus betrachtet werden müssen, statt sie von oben herab zu belächeln oder ihnen –hinter ihrem Rücken – Anfälligkeit für strukturellen Antisemitismus vorzuwerfen.

Es geht keines Falls darum kritische Anmerkungen zu unterlassen. Diese zu thematisieren ist so richtig wie wichtig. Aber dies bitte solidarisch, auf gleicher Augenhöhe und im Bewusstsein aus der persönlichen Erfahrung wie schwierig doch die eigene Politisierung war.

Dazu bräuchte es aber auch von den KritikerInnen die Bereitschaft sich auf Diskussionen einzulassen und sich intensiver mit ökonomischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, statt sich Debatten zu entziehen und mit Halbwissen das gegenteilige Anstellen was radikale Linke eigentlich tun sollten: Das formulieren einer radikalen und verständlichen Kritik an den herrschenden Verhältnissen und das Entwickeln einer Praxis, die darauf abzielt alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Ob Blockupy dafür ein Baustein sein kann, darf und sollte dringend diskutiert werden. Dieser Diskussionsbeitrag kann hoffentlich dazu beitragen.

Der Autor ist aktiv in der BasisGruppe Emanzipation und kann für Rück- oder Verständnisfragen gerne über diese kontaktiert werden.